

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

9.10.1923 (No. 234)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14  
Telefon:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger  
Chefredakteur  
C. A. M. e. n. d.  
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 8.—13. Oktober 45 000 000 M. — Einzelnummer 8000 000 M. — Anzeigengebühr: 80 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Schlußfrist heute 100 000. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontoforensverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in eigenen Betrieben oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverkaufte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatschluß erfolgen.

### Amtlicher Teil

#### Bewertung des Eigenverbrauchs der Landwirte für die Umsatzsteuer

\*\* Für die Umsatzsteuer wird der Eigenverbrauch der Landwirte im abgelaufenen Vierteljahr für eine erwachsene männliche Person nach folgenden Richtzahlen berechnet:

im Monat Juli	700 000 M.
im Monat August	11 000 000 M.
im Monat September	200 000 000 M.
im ganzen III. Kalendervierteljahr 1923	212 000 000 M.

Diese Richtzahlen sind bei den monatlichen oder vierteljährlichen Voranmeldungen und Abschlagszahlungen auf die Umsatzsteuer nach der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 4. August 1923 — Reichsgesetzblatt I S. 761, — zu berücksichtigen.

### Kommunistische Staatsreichgelüste

II.

In dem Rundzirkular vom 10. September werden die kommunistischen Vertrauensleute besonders darum gebeten, die Erläuterungen für den Kurierdienst genau zu beachten und es wird dabei angebracht, daß gegen verantwortliche Genossen, die sich eine Nachlässigkeit haben zu Schulden kommen lassen, mit aller Schärfe vorgegangen werde. In einer Zeit von innerhalb 3 Tagen müssen die Adressen der Kurierlinie eingeklärt sein und der Dringlichkeit wegen wird darauf aufmerksam gemacht, daß es auch einmal gelingen müsse, sehr schnell zu arbeiten.

Am 12. September wurde an die Unterbezirksleiter in der Kurierdienstfrage bereits ein weiteres Rundschreiben verschickt. Es heißt da:

„Wir werden in der nächsten Zeit eine Probe veranstalten und geben Euch aber vorher noch bestimmte Anweisungen. Auch geben wir Euch den Weg der Kurierlinie bekannt, sobald wir mit dem Aufbau fertig sind. Ihr müßt Euch mit der Ortsgruppe in Verbindung setzen, betreffs der Stellen, welche Ihr bezeugen könnt zu Meldungen an den Bezirk. Diese Kurierlinie sind die Bezirkslinien bezw. Reichsstraße.“

Weiter wird gesagt: „Wir verlangen nunmehr von den Unterbezirksleitern, daß sie sofort innerhalb des Unterbezirks zur Verbindung mit den Ortsgruppen ebenfalls Kurierlinien organisieren. Hierzu genügt es, wenn in jeder Ortsgruppe ein Genosse bestimmt wird und ein Genosse für Reserve. Man muß insbesondere darauf achten, daß die Kurierlinien nicht unterbrochen sein werden und bei jeder Notwendigkeit intakt sind. Auch dürfen für den Kurierdienst innerhalb des Unterbezirks nicht die Kurierstellen des Bezirkskurierdienstes benutzt werden. Die Ortsgruppen sind bei der Organisation von den Unterbezirksleitern gleich darauf aufmerksam zu machen. Unsere Linien gehen bis zu den Unterbezirksleitungen bezw. den größten Ortsgruppen in Bezirk und außerdem besteht die Reichslinie. Zur Information geben wir den Unterbezirksleitern die Wege der Linien bekannt: Die Reichsstraße läuft folgendermaßen: Mannheim, Heidelberg, Rühlach, Bruchsal, Durlach, Kleinfeldbach nach Pforzheim. Die Bezirkslinie Straße I: Mannheim, Schwetzingen, Neulohheim, Rühlach, Karlsruhe (Durlach), Durmersheim, Kastatt (W.-Baden), Söllingen, Mönchen, Offenbürg, Lahr, Emmendingen, Freiburg, Büdingen, Bärach, Schopfheim, Säckingen bis Waldshut. Straße Ia: Freiburg, Neustadt, Donaueschingen, Singen, Radolfzell bis Konstanz.“

Die oben angeführte Probe des Kurierdienstes hat, wie aus einer anderen Meldung hervorgeht, auch stattgefunden. So wie die in großer Eile durchgeführte Einrichtung des Kurierdienstes, welche doch unbestreitbar einen auf eine nahe bevorstehende praktische Verwendung desselben schließen läßt, wurde auch auf die Rekonstruktion der gesetzlich festgelegten Betriebsräte hingearbeitet. In den hierfür ausgegebenen Richtlinien wird angeführt, die Hauptaufgabe läge jetzt in der Zusammenfassung der vorherrschenden Industriegruppe des Ortsbezirks, die im allgemeinen bei Massenkämpfen ausschlaggebend sei. Zu diesem Zweck ist vorgesehen eine sechsfache Berufsliste, unter welcher die Gemeinde- und Staatsbetriebe, auch insbesondere die Betriebe lebensnotwendiger Art, an erster Stelle angeführt sind. Die Finanzierung dieser Bewegung wird durch Sammlungen ermöglicht. Ein regelmäßiger Pflichtbeitrag darf unter keinen Umständen erhoben werden. Die Aufsicht der wirtschaftlichen und politischen Lage stellt die Betriebsräte fast täglich vor neue Situationen. Es ist Aufgabe der Betriebsräte, für alle ausserordentlichen Fragen eine Lösung zu suchen.

Die Herausbildung lebensfähiger kämpfbarer Klassenorgane des Proletariats ist eine Lebensfrage der deutschen Revolution. Die Betriebsräte sind berufen, diese Funktion zu übernehmen.“

Am 12. September teilte das Bezirkssekretariat Baden — Mannheim — mit, daß die Oberbezirksleitung den auf den 7. Oktober angelegten Oberbezirkskursus mit Rücksicht auf die nicht zur Verfügung stehenden Lehrer erst am 14. Oktober in Frankfurt a. M. festgesetzt hat. Dieser Kursus soll bis 21. Oktober dauern. Die hierfür entstehenden Kosten werden den Teilnehmern von der kommunistischen Partei vergütet.

In einem anderen Schreiben vom 3. September berichtet das Bezirkssekretariat in Mannheim von öffentlichen Versammlungen, die in erster Linie im Schwarzwald unter der ländlichen Bevölkerung vorgelesen seien. Es sollen dabei hauptsächlich Orte ausgewählt werden, wo mit der Gründung einer Ortsgruppe gerechnet werden kann. Auch die hierfür entstehenden Kosten werden von der Zentralkasse teilweise getragen. Für einen Zuschuß von 10 000 000 M. wird um genaue Rechnungslegung erachtet.

Diese intensive Tätigkeit in Baden ist auf eine Ankündigung der K. P. D. in Berlin vom 14. August zurückzuführen, in welchem u. a. gesagt wird, daß im hundertsten und aberhundertsten von Fällen die Arbeiterklasse offene Pensionen den Unternehmern geleistet hätte. Dieser offenkundige Verrat der Gewerkschaften an den Arbeiterinteressen habe vielerorts die Arbeiter dazu geführt, nunmehr ihren Kampf selbst zu organisieren. Zwei Tage später ordnete die Berliner K. P. D. Zentrale an, mit größtem Nachdruck an die Gewinnung der Bauernmassen zu gehen.

Das Mannheimer Bezirkssekretariat hat in denselben Tagen seinen Unterbezirksleitern mitgeteilt, daß der größte Teil von Material „in unseren Räumen von der Schutzgarde Remmele beschlagnahmt wurde. Um der Gefahr einer nochmaligen Kapertung zu entgehen sind die Rollen abholen zu lassen und von dort weiter zur Post zu geben.“ In demselben Zirkular wird noch um intensive Versammlungsagitation erachtet, denn „die jetzige Situation ist für uns äußerst günstig und sind wir verpflichtet den schwankenden Kursus mit der K. P. D. auszunützen.“

Diese in solcher Weise verübte Beeinflussung der Betriebsräte erfolgt, wie ein Rundschreiben Nr. 6 der Berliner Zentrale vom 9. Mai ausweist, auf Beschluß des K. P. D. Kongresses. Es wird in jedem Zirkular über die mangelhafte Tätigkeit und über Unzulänglichkeit mancher Kommunisten im Betriebsrat geklagt. Ihnen müsse der Rücken gestärkt werden.

Was dann? Damit kommen wir zu einem neuen Kapitel kommunistischer Staatsreichvorbereitung, zur Bildung von Betriebsunternehmungen. Unter dem Vorzeichen, der Faschismus bilde eine Gefahr, gegen ihn müsse man sich rüsten, wird von Abwehrunternehmungen gesprochen. Betriebszellenarbeit heißt Führung des Kampfes der Arbeiter in allen Räten des Tages. Zur Bewirkung ist Betriebsarbeit notwendig, die Einheitsfront des Proletariats. Die Kämpfe gegen den Faschismus müssen durch Bildung proletarischer Betriebsunternehmungen u. Schaffung einer kommunistischen Massenpartei geführt werden. Mit diesen Unternehmungen in Verbindung zu arbeiten haben die Kontrollausschüsse. Aus den Richtlinien für diese Kontrollausschüsse, welche 5—15 Mitglieder zählen und Unterausschüsse zur Seite haben, sind als besondere Aufgabe die Übertragung folgender Angelegenheiten an die Unterausschüsse anzuführen.

Unterausschuss I: Reinigung der Verwaltung und Schule, Justiz- und Anwaltsangelegenheiten.

Unterausschuss II: Reinigung der Raps (Landespolizei) und Reichswehr.

Unterausschuss III: Auflösung aller reaktionärer Organisationen. Verhaftung reaktionärer Führer. Verbot reaktionärer Presseerzeugnisse.

Unterausschuss IV: Aufstellung der Schutzwehr.

Dem Unterausschuss I ist besonders aufgetragen die Anlegung eines dauernd zu ergänzenden Verzeichnisses der reaktionären Beamten der Stadt, des Landes, des Staates mit Angaben von Weisungen, Äußerungen, Handlungen, Zugehörigkeit zur reaktionären Organisation oder Partei, aus denen hervorgeht, daß diese Beamten als Reaktionäre zu betrachten sind. Vorschläge von arbeiterfreundlichen Beamten (wenn auch niederen Beamten) oder geeignete Personen aus der Reihe der Hand- und Kopparbeiter, die als Ersatz für die reaktionären Beamten in Frage kommen, sind dem Kontrollausschuss zu übermitteln.

Auch ist eine Liste von Klassenurteilen gegen die Hand- und Kopparbeiter und von milden Urteilen gegen die Reaktionäre anzulegen.

### Die Finanzlage Badens und der Vorschlag Stresemanns

Ein händiger Mitarbeiter der „Karlsruher Zeitung“ schreibt uns:

Der badische Finanzminister Köhler hat am vorigen Donnerstag im Landständischen Ausschuss, wie in der Samstagsnummer der „Karlsruher Zeitung“ zu lesen war, die Finanzlage Badens dahin registriert, daß er von einem Defizit von 116 Millionen Mark sprach. Diese Feststellung wird wohl der Richtigkeit nicht entbehren. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch das Land Baden in das allgemeine Finanzloch Deutschlands und in die Defizitwirtschaft des Reiches einbezogen wurde. Vielleicht ist es nicht überflüssig, zu bemerken, daß Baden in finanzieller Hinsicht, auch in den Nachkriegsjahren — im Vergleich zu anderen Ländern und vor allem im Vergleich zum Reich — keineswegs schlecht dastand. Man kann also schon sagen, daß Regierung und Landtag finanziell nicht schlecht gewirtschaftet haben.

Nun tritt aber nach der Ankündigung des Reichskanzlers Dr. Stresemann in seiner Samstagrede, in welcher er sein neues Kabinett dem Plenum des Reichstages vorstellte, eine erhebliche Änderung in der Finanzlage der Länder künftig ein. Stresemann sagte u. a.:

„Die Reichsregierung billigt den Vorschlag des früheren Reichsfinanzministers, wonach die einzelnen Länder finanziell wieder selbständiger gestellt werden sollen. Jetzt hat das Reich nicht nur für seine eigenen Ausgaben aufzukommen, sondern auch für die Ausgaben eines großen Teiles der Länder und Kommunen, ohne daß es Kontrollmaßnahmen wirksamer Art hat darüber, wie eigentlich diese Mittel verwendet werden. Nach Auffassung des Kabinetts kann wirkliche Abhilfe nur geschaffen werden durch eine grundlegende Änderung der Verhältnisse zwischen Reich, Ländern und Kommunen. Das steht voraus, daß die Länder wieder die volle Verantwortung für die eigenen Ausgaben übernehmen, dazu müssen ihnen aber auch eigene Einnahmequellen erschlossen werden.“

Was jetzt hat bekanntlich das Reich nach den bekannten Vorschlägen des leider ermordeten früheren Finanzministers Erzberger die Länder und auch die Gemeinden finanziell subventioniert. Darüber sind viel Klagen, vor allem aber auch seitens der Gemeinden, entstanden. Darum soll nunmehr eine Änderung eintreten. Wie? Das wird man zunächst weder im Reich noch in den Ländern wissen. Denn mit der finanziellen Selbständigkeit der Länder hängt eng zusammen die selbständige Einziehung der Steuern durch die Länder. Bekanntlich übt jetzt das Reich diese Funktionen aus, und es sind darüber, und über die Art der Erhebung, viele Klagen entstanden. Die Finanzämter kommen einfach nicht nach, sie brechen fast zusammen unter der ihnen auferlegten Last. Sehen nun die Länder wieder eigene Steuern fest, müssen natürlich Behörden vorhanden sein, welche sie einziehen.

Kurz, man braucht nur die Ankündigung des Reichskanzlers ein klein wenig mit zu verfolgen, und sofort werfen sich eine Anzahl Probleme auf, die für das Steuerwesen Badens, für seine Einnahmen und Ausgaben, nicht ohne Belang sind.

Mit dieser Feststellung wollen wir uns für heute begnügen. Hat erst die Ankündigung Stresemanns greifbare Gestalt angenommen, wird darüber wieder zu reden sein. Daß die Angelegenheit ungeheuer wichtig ist, bedarf wohl keines Nachweises, denn davon hängt in den Ländern alles ab, wie die Finanzen stehen. Insofern verdienen Stresemanns Worte auch in Baden hohe Beachtung.

### Die politische Aussprache im Reichstag

Ein Vertrauensvotum für die Reichsregierung

Der Reichstag hat in der Nacht zu heute ein Vertrauensvotum für die Regierung Stresemann mit den Stimmen der Koalitionsparteien in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschösterreichischen, der Kommunisten und der Bayerischen Volkspartei angenommen; ebenso wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen, wonach der Reichstag die Rechtsauffassung der Reichsregierung über die bayerische Ausnahmeverordnung billigt und die baldige Klärung der Lage durch die Reichsregierung erwartet.

In der Aussprache kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler und dem Vertreter der Deutschnationalen, Grafen Westarp, wobei der Kanzler sehr glücklich operierte und der Sache des Kabinetts zweifellos einen großen Dienst erwies. Für heute oder morgen ist

die Zustimmung über das Ermächtigungsgesetz zu erwarten, wobei man mit Stimmhaltung oder Unwesenheit der Fraktionen der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei rechnet, aber hofft, daß die hierfür erforderliche Zweidrittelmehrheit zustande kommt.

### Deutscher Reichstag

W.T.B. Berlin, 8. Oktober.

Beginn mittags 12 Uhr. — Auf der Tagesordnung steht die **Aussprache über die Regierungserklärung**. Damit verbunden wird der deutsch-nationale Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes im Reich und der kommunistische Antrag auf Aufhebung der bayerischen Antifreiheitsordnung, des Ausnahmezustandes in Bayern und der bayerischen Verordnung gegen die kommunistische Presse.

Hg. Dr. Reichsleiter (Soz.): Wir billigen die Aufgabe des passiven Widerstandes, weil er finanziell nicht mehr zu ertragen war. Wir hören mit Entsetzen, daß in der letzten Woche die Finanzierung dieses Widerstandes 7000 Millionen erforderte. Den schwersten Vorwurf trifft das verflozene Kabinett Cuno und seine Minister, da sie das deutsche Volk über diese Tatsachen im Unklaren gelassen. Es ist eine abgrundtiefe Heuchelei, wenn im deutsch-nationalen „Völkischen Anzeiger“ des Herrn Eugen Berg die Spannung aller Kräfte und Mittel zur Fortsetzung des passiven Widerstandes gefordert wurde, während kurz vorher dieselben Kräfte gegen eine neue Steuer protestierten und zu ihrer Sabotage aufgefordert hatten. (Lebhafte Zustimmung links.) Der deutsch-nationale waren von jeher immer mehr bereit, die Opfer der anderen zu bringen. Sie haben zum Krieg mit Frankreich, obwohl sie wissen mußten, wie wahnwitzig ein solcher Gedanke ist. (Unruhe rechts.) Die Separatistenputz, die von französischen Kreisen unterstützt werden, ändern nichts daran, daß die Bevölkerung des Rheinlandes niemals die Trennung vom Reich will. Wir verlangen unsererseits, daß die Regierung nichts unversucht läßt, zu einer direkten Verständigung mit Frankreich zu kommen (Unruhe), zu einem solchen Zeitpunkt, wo Stinnes den Weg zu General Dégoutte gefunden hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.) Der Ernst unserer Zeit wird gekennzeichnet durch die Worte Bayern und Kärnten. Wir halten es für unmöglich, daß die Pressezensur, die über Kärnten verhängt wurde, dauernd fortgesetzt wird. In Bayern ist Kärnten ein offener, Kärnten ein milder offener, aber noch gefährlicherer Feind der deutschen Republik. Die Frage Reich und Bayern ist nicht eine juristische, sondern eine Machtfrage. (Beifall.) Herr von Raue möchte die tatsächlich bestehende politische Trennung Bayerns vom Reich nicht zu einer juristischen machen, weil Bayern in der Ernährung, in der Kohlenversorgung und in vielen anderen Dingen vom Reich abhängig ist. Das muß die Reichsregierung beachten, sie darf nicht dem unabweislichen Konflikt ausweichen. Dem Ermächtigungsgesetz könnten wir nur unter der Voraussetzung zustimmen, daß Vertreter unserer Partei in der Regierung seine Durchführung überwachen können. Im Ruhrgebiet haben die Bergbau-Unternehmer jetzt eine offensichtliche Gesetzesverletzung begangen, indem sie auf ihre eigene Faust den Achtstundentag durch Anschlag aufheben wollen. Wir verlangen ein Eingreifen der Regierung. Die letzte Krise ist zum Schaden der Nation angeht worden von einem früheren preussischen Minister, der jetzt wieder Minister werden möchte (Rufe bei den Sozialdemokraten: Stegenwald) und von einem anderen aus privaten Interessen (Rufe: Stinnes). Wir richten an den Reichskanzler die Mahnung, hart zu werden gegen die Feinde in seinem eigenen Lager. Wir Sozialdemokraten sind nach schwersten inneren Kämpfen wieder in die Koalition eingetreten. Wir hoffen, daß dieses Experiment nicht scheitern wird.

Hg. Dr. Well (Zentr.): Die Koalition richtet sich in dieser ersten Stunde mit der Bitte um ehrliche Mitarbeit an alle Schichten und Kreise des deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei. Wir bedauern die Vorgänge, die zur Verhängung des Ausnahmezustandes geführt haben, aber seine Verhängung war notwendig. Wir begrüßen aber die Zurückhaltung, die sich der Reichskanzler den Bayern gegenüber auferlegt hat. Wir müssen auch in kultureller Hinsicht der berechtigten Eigenart Bayerns und der übrigen süddeutschen Länder Rechnung tragen. Die Münchener hat nicht gerührt und nicht befehligen werden. (Beifall.) Durch das Ermächtigungsgesetz soll das Parlament durchaus nicht ausgeschaltet werden. Dieses Gesetz ist für eine vorübergehende Zeit der Not, um die Erledigung der notwendigen Maßnahmen zu beschleunigen. An dem Aufblühen unserer Wirtschaft und unserer Großindustrie haben alle Volksteile ein Interesse. Wir dürfen aber ebenso erwarten, daß in manchen Kreisen der Groß- und Schwerindustrie der Grundgedanke des Gemeinwohls mehr in die Erscheinung tritt, als wir es in den letzten Tagen gesehen haben. (Beifall.) In der Währungsfrage richten wir an die Regierung die dringende Mahnung, nicht etwa die Lösung länger hinauszuverschieben. Die feste Währung können wir erst erreichen, wenn unsere Wirtschaft leistungsfähiger gemacht worden ist. Darum müssen wir über die jetzigen Arbeitsbeschränkungen hinaus die Arbeitsleistungen steigern. Wir stimmen den Ausführungen des Reichskanzlers über die Notwendigkeit der Aufhebung des passiven Widerstandes zu. Wir wenden uns aber energisch gegen die Aufrufe, man wolle das Rheinland seinem Schicksal überlassen. Diesem Aufruf soll der auf des ganzen Deutschen Volkes entgegengehalten werden: „Wir wollen und werden das Rheinland niemals im Stiche lassen!“ (Lebhafte Zustimmung.) Die separatistische Gefahr scheint im Augenblick überwunden zu sein. Die Reichsregierung wird allen Gewalten zum Trost sich erhalten, wenn sie sich nicht selbst preisgibt. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Hg. Graf von Westarp (D. Nat.): Wir können das neue Kabinett nur mit den Worten begrüßen: „Ihr habt euch wieder schamlos gestellt!“ (Heiterkeit, Rufe schamlos gestellt, Schalten, Protest und Wurmeln.) Komisch haben die Verhandlungen der letzten Woche gewirkt, Hohn und Spott forderten sie heraus, Scham und Empörung. (Beifall rechts.) Der Parlamentarismus hat versagt. Des Reichskanzlers Antwort auf diese Feststellung ging am Kern der Sache vorbei. Die Männer der Wirtschaft haben sich verlagert diesem Parteipatrie, diesem Parlamentarismus. Dr. Stresemann verkündet jetzt die Meinung, in Deutschland könne nicht gegen die Sozialdemokratie registriert werden. Wir verlangen und fordern die Lösung der Regierung von der Sozialdemokratie. Eine unter sozialistischer Vorherrschaft stehende Regierung darf nicht parlamentarische Befugnisse in Fragen des Eigentums haben. Zu Herrn von Raue haben wir volles Vertrauen. Dr. Hüfner hat als Finanzminister vollkommen versagt. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Er hat auch die Lösung des Währungsproblems verzögert. Jetzt besteht die große Gefahr, daß das Volk wegen dieses Mangels einer festen Währung kein Brot bekommt. Dadurch, daß aus parteipolitischen Gründen die Lösung des Währungsproblems verhindert worden ist, entsteht die Gefahr, daß das deutsche Volk bei vollen Scheunen verhungert. (Unruhe und Rufe: Sie reizen die Bauern zur Hungerrevolte auf.) Der Reichskanzler hat Eingriffe in die Preispolitik der Parteien und Organisationen angekündigt. Will er eine Zwangswirtschaft mit Höchstpreisen einführen? Auf der anderen Seite ist die dringend notwendige Aufhebung des gesetzlichen Achtstundentages aus dem Ermächtigungsgesetz

herausgenommen worden. Wenn Dr. Reichsleiter verallgemeinert von Kreisen sprach, die mit der Ausschüttung des Geldes getrieben hätten, so müssen wir endlich Namen und Beweise verlangen. Der Abbruch des passiven Widerstandes war unvermeidbar. Aber damit zugleich mußten alle diplomatischen Beziehungen mit Frankreich und Belgien abgebrochen und dann alle Leistungen eingestellt und mußte der vertraglose Zustand hergestellt werden. Ist es richtig, daß General Nollet mit neuen Entwaffnungsverordnungen aufgetreten ist? Wird die große Koalition ein solches Verlangen endlich mit dem Abbruch der Beziehungen zu Frankreich beantworten? Wir verlangen den Abbruch dieser Beziehungen mit allen Konsequenzen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Also den Krieg.“) Ja leben wir denn jetzt im Frieden? Ist nicht der Versaillesvertrag die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Hg. Ledebour: „Sie wollen also den Einmarsch der Franzosen? (Gelächter rechts.)“ Mit der Möglichkeit eines solchen Stillschweigens rechnen wir. (Rufe links: „Und dann?“) Was wir dann zu tun haben, darüber will ich mich jetzt nicht äußern.

### Reichskanzler Dr. Stresemann:

Wenn der Korredner Scham und Empörung über die Vorgänge in der letzten Woche empfand, so lag es doch an den Deutsch-nationalen, die Regierungstrübe zu vermeiden. Statt dessen haben sie aber in das Feuer hineingebissen. (Unruhe rechts.) Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. Es ist sehr bedenklich, wenn Graf Westarp die Hoffnung auf den Verfall der jetzigen Koalitionsregierung ausspricht. Ein nationaler Mann müßte doch hoffen, daß wir in dieser ersten Zeit endlich zur Ruhe kommen. (Gelächter bei den Deutsch-nationalen.) Sie sind in Opposition getreten gegen die Steuern, die sie selbst bewilligt haben. Sie haben sie eben dem Kabinett Cuno bewilligt, aber nicht dem deutschen Vaterlande. (Sehr gut.) Sie sollten sich endlich daran gewöhnen, den Staat als Träger des Vertrauens anzusehen und nicht die jeweilige Regierungskoalition. (Beifall bei der Mehrheit, Unruhe bei den Deutsch-nationalen.) Daß von einer marxistischen Oberherrschaft im Kabinett nicht gesprochen werden kann, beweist am besten die Gegenseitigkeit des sozialdemokratischen Bezirksparteitages gegen die jetzige große Koalition. Alle Parteien haben bei der Bildung der großen Koalition Opfer gebracht. Auch hervorragende Mitglieder aus der deutsch-nationalen Fraktion haben schon früher zugesehen, daß man nicht an den Maschinen der sozialistischen Arbeiterschaft vorbeigehen kann wenn man das deutsche Volk zu einem einheitlichen nationalen Willen zusammenfassen will. Bei den nationalen Bestimmungskämpfen um das deutsche Land und im Ruhrkampf haben die Sozialdemokraten ihre nationale Pflicht nicht weniger getan als alle anderen Parteien. Ein Ermächtigungsgesetz hätte doch eine rein bürgerliche Koalition nur gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten durchsetzen können. (Graf v. Westarp: Dann müßte der Reichstag aufgelöst werden.) In dieser kritischen Zeit, wo große Gebiete im Westen besetzt sind, können wir unmöglich unser Volk der Belastungsprobe von Reichstagswahlen aussetzen. Mit der Aufgabe des passiven Widerstandes haben wir keineswegs den Kampf für den Rhein aufgegeben. Diesen Kampf können wir nur führen mit einem einheitlichen nationalen Idealismus, nicht mit einem Rechts- oder Links-Block. (Beifall.) Für diesen nationalen Idealismus sind wir als rationales Volk zu bringen, das ist wirklich national. (Beifall.) Ich muß mein Bedauern darüber aussprechen, daß der Hg. Graf Westarp über das Recht auf Zurückweisung des deutschen Papiergeldes hier Worte ausgesprochen hat, die geradezu katastrophal sind. (Zustimmung bei der Mehrheit, Widerspruch.) Wir müssen vom ganzen deutschen Volk verlangen, daß es sich mit Papiergeld begnügt, sonst haben wir das Chaos. Die deutschen Arbeiter, Beamten und Kleinrentner lassen sich auch mit Papiergeld begnügen, und die schwierige Lage der Landwirtschaft gibt ihr keineswegs ein Recht, die Parole zur Zurückweisung des deutschen Papiergeldes hinauszuschleudern. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit, Widerspruch und Unruhe bei den Deutsch-nationalen.) Die Währungsfragen hat die Regierung mit dem größten Eifer bearbeitet. Es war aber vielleicht ein Fehler, bei solchen Maßnahmen zu viel Schwierigkeiten zu hören, die selbst nicht einzig waren. Auf die Frage nach der Haltung Englands im Ruhrkampf kann ich mitteilen, daß Lord Curzon in seiner Rede sagte, es sei von der deutschen Regierung irrig gewesen, daß sie den Entschluß zum Abbruch des passiven Widerstandes nicht drei Monate früher gefaßt hat. Diese Einsicht deckt sich auch mit der Haltung, die einige Monate vorher von englischer Seite der deutschen Regierung mitgeteilt wurde. Es muß mit der Legende aufgeräumt werden, als hätte sich England von Deutschland abgewandt wegen des Kampfes um den Rhein. England läßt sich überhaupt nicht von Empathien oder Antipathien zu einem deutschen Kanzler, sondern ausschließlich von Interessen der englischen Weltpolitik leiten. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Graf Westarp verlangt, wir sollten den Versaillesvertrag als nichtig erklären, so übersteht er, daß dieser Vertrag gegenüber der seither betriebenen Gewaltpolitik einen gewissen Schutz für Deutschland bedeutet. Wir müssen die Verhandlungen abwarten, und können nicht vor ihrem Beginn erklären, daß dabei nichts herauskommen wird. Der Kampf um den Rhein geht weiter. Wollen wir ihn erfolgreich führen, dann hat dies zur Voraussetzung, daß er durch ein geeintes deutsches Volk geführt wird und daß er im Sinne der freien Volksgemeinschaft wirkt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Verhandlungen im Saal und auf den Tribünen. Präsident Lohse unterzagt Kundgebungen auf den Tribünen.)

Hg. Dr. Scholz (D. Sp.): Die Legende vom Dolchstoß der Volkspartei gegen die große Koalition muß ein Ende gemacht werden. Wir haben lediglich in dieser ersten Zeit alle Parteien zur Einigung aufgerufen. Wir danken der Regierung für die Entschlossenheit und das Verantwortungsbewußtsein, mit der sie die unheilbaren Zustände vor dem völligen Zusammenbruch beendet hat. Weder verteidigt die Verhängung des Ausnahmezustandes sowohl in Bayern als auch im Reich, Geordnete Zustände müssen unter allen Umständen ohne Rechtsbedenken aufrecht erhalten werden. Die deutsche Volkspartei erwartet von der Regierung nicht nur Wiederherstellung des Rechts und der Ordnung, sondern auch der staatsrechtlichen Autorität in Sachen und in Thüringen. (Großer Lärm links, der minutenlang andauert, Stürmische Zurufe: Glorie des Reichspräsidenten.) Eine Ordnung unserer Währung ist untrennbar von einer Ordnung der Wirtschaft überhaupt. Bedenke Goldwährung, noch eine sonstige läßt sich aufrecht erhalten, wenn es uns nicht gelingt, das Minus der Produktion zu beseitigen. Wir verlangen Beseitigung der Denobilisationsverordnungen und Befreiung des Außenhandels von allen Zöllen. Hauptfrage aber ist für uns die Befreiung der Arbeitsleistung. Das alleinigmachende Dogma des Achtstundentages ist in dieser Zeit der Not nicht angebracht. Steuerleistungen aus vernünftiger und gerechter Grundlage sind notwendig. Gemeinsam mit der Regierung wollen wir unser Volk wieder hinaufführen zur Ordnung und Sparsamkeit. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Hg. Dr. Koch-Weser (Dem.): Meine Fraktion begrüßt die Wiederkehr der Koalition. Die Zahlung in Papiergeld darf nicht verschmäht werden. Der Grafenrathschlag allerdings scheint das Papiergeld nicht zu gebrauchen; ein Beweis, daß er

keinerlei geschont ist. Die Vorwürfe gegen den Parlamentarismus sind unbegründet. Die Regierung wird nicht in Parteienventilen gemacht. Die Aufhebung des passiven Widerstandes war geboten, da das Instrument unbrauchbar geworden ist. Das Märtyertum eines ganzen Volkes kann nicht monatelang dauern. Auch mir bereiten die Zustände in Sachen und Thüringen schwere Sorgen. Mit Recht sehen die führenden Männer in Bayern als ihre Pflicht an, Ordnung und Autorität aufrecht zu erhalten. Bezüglich des Ausnahmezustandes muß bald eine Klärung zwischen Reich und Bayern eintreten. Widersteht sich dem der bayerische Generalkommissar, so könnte er sich dem Vorwurf der Reichsregierung aussetzen. Die freie Wirtschaft muß erweitert werden, freilich unter Belämpfung des Kartellwesens. Der Achtstundentag ist für uns lediglich eine Frage der Erhaltung des Staats und der Wirtschaft. Das Abstellen der Arbeitsleistungen muß aufhören und die Qualitätsarbeit wieder besser bezahlt werden. Der ungelante jugendliche Arbeiter wird zu hoch bezahlt. Warum hat man unsere Vorkämpfer, eine Steuerreform einzuführen, nicht befohlen? An eine Katastrophe des Deutschen Reiches glaube ich nicht, wohl aber an einen zunehmenden Verfall, wenn nicht bald Hilfe geschaffen wird durch eine starke Regierung. (Beifall bei den Demokraten.)

Hg. Leicht (Bay. Sp.): Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß wir den Zusammenbruch von 1918 in diesen Tagen noch einmal durchmachen. Demals wurde dem deutschen Volk ein gerechter Frieden zugesichert und ist in schamloser Weise durch den Schandvertrag von Versailles hintergangen worden. Jetzt wird die Gewaltpolitik gegen die rheinische Bevölkerung noch verschärft, obwohl der Widerstand aufgehoben ist. Es wäre ein Verbrechen, wenn in dieser Zeit unser Volk durch Parteilämpfe geküßt würde. Um dieser Gefahr zu begegnen, ist auch das Mittel des Ausnahmezustandes berechtigt und notwendig. Wir richten an alle Regierungen und Parteien die Mahnung und die Bitte, die durch das Nebeneinanderbestehen fremder Ausnahmeverordnungen gegebenen Konfliktsmöglichkeiten auf ein Minimum zu beschränken. Wir können jedoch nicht für das Ermächtigungsgesetz stimmen, dessen Schlußsatz eine Ungeheuerlichkeit und ein Unikum in der Gesetzgebung ist.

Von den Regierungsparteien ist folgendes Vertrauensvotum eingegangen: Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.

Hg. Memmel (K.): Das Ermächtigungsgesetz wird erreichen, daß die Niedererschlagung des Proletariats durch die weiße Diktatur sich in der Dunkelkammer ohne Kontrolle des Parlaments und der Presse vollzieht. Die Zentrale und Fraktion der K.P.D. erläßt an die wertwürdige Bevölkerung Deutschlands einen Aufruf zur Abwehr der kapitalistisch-junkerlichen Willkürdiktatur und zur Errichtung einer solchen des wertwürdigen Volkes. (Beifall bei den Kommunisten.)

Von den Kommunisten ist namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum beantragt.

Von den Sozialdemokraten ist folgender Antrag eingegangen: Der Reichstag billigt die Rechtsauffassung über die bayerische Ausnahmeverordnung und erwartet, daß die Reichsregierung bald eine Klärung der Lage herbeiführt.

Hg. von Gräfe (D. Nat.): Wir greifen den jetzigen Kanzler nicht deshalb an, weil er den ausichtslossten im alten Mittel geführten Widerstand aufhört, sondern weil er, wie sein Vorgänger den Widerstand nicht organisiert, sondern die Schuldlast auf sich überwälzt und sich hinauszuwehnen will. Ich rechne bestimmt auf eine nationale Erhebung, und ich werde auch die Konsequenzen tragen, die der Mißerfolg einer solchen Erhebung mit sich bringen kann.

Reichsminister des Innern Dr. Sollmann wendet sich gegen die jüngste Rede Boncompagni und weist dabei erneut einige Zwischenrufe des Hg. Dr. Helfferich zurück. In demselben Zuge, an dem Gumbertlaufende vor dem Hof in Köln ein Bekenntnis für das Vaterland ablegten, haben Zehntausende durch französische Freifahrten zusammengeführte zweifelhafte Elemente eine Kundgebung für die rheinische Republik veranstaltet. (Beifall.) Der französische Ministerpräsident hat in seiner Rede diese hochverräterische Kundgebung in Schutz genommen und die deutschen Polizeibeamten eines grausamen Gemetzel beschuldigt. Namens der Reichsregierung lege ich gegen diese ganz unbegründete Anklage gegen die Beamten der deutschen Polizei die Mahnung dar, daß die deutschen Beamten erst zur Waffe gegriffen, als sie geschossen wurde. Es sind auch drei deutsche Beamten getötet und sechs verwundet worden. Die hochverräterischen Sonderbündler würden der verdienten Strafe zugeführt werden, wenn die Franzosen dies nicht verhindern würden. Die Düsseldorf Bevölkerung hat sich musterhaft gehalten und Düsseldorf zur toten Stadt gemacht. Nur kommunistische Truppen demonstrieren, aber auch sie für ihr ganzes Vaterland. Namens der Regierung danke ich der Polizei und der Bevölkerung und weise die Angriffe des französischen Ministerpräsidenten als irrig und verleidend ganz entschieden zurück. (Lebhafte Zustimmung.)

Reichswehrminister Dr. Gessler bezeichnet die Vorgänge in Kärnten als eine Komödie und spricht der Reichswehr seinen Dank aus. Er werde die ihm anvertraute Macht rücksichtslos einsetzen. Die für die Presse erlassene Zensurverordnung werde in aller Kürze aufgehoben werden.

Hg. Ledebour (U.S.P.D.) sagt dem Kabinett Stresemann schärfsten Kampf an und lehnt das Ermächtigungsgesetz ab. Desgleichen der Hg. Bary (K.).

Nach 1 Uhr nachts erfolgt die Abstimmung. Der Reichstag gab ein Vertrauensvotum für die Regierung in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Deutsch-nationalen, der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten ab. — Der Antrag auf Beseitigung des Ausnahmezustandes im Reich und in Bayern wurde abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, in dem die Rechtsauffassung der Reichsregierung über die bayerische Ausnahmeverordnung gebilligt wird, wurde angenommen.

## Politische Neuigkeiten

### Die Lage im Ruhrgebiet

Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Essen berichtet, hat im Bergbau im Anschluß an den Aufruf der Bergarbeiterverbände die Wiederaufnahme der Förderung begonnen und auch die Arbeiten zur Herstellung der Kohleerlöse sind in Angriff genommen. Inzwischen wird es, wie die Techniker erklären, noch eine Reihe von Wochen dauern, bis die Kohlen wieder in Gang gefaßt sein werden und die normale Kohlerzeugung wieder vor sich gehen kann. In der übrigen Industrie steht es mit der Wiederaufnahme eine gerodeten Betriebes noch schlechter als im Bergbau. Der Einbruch von Personen, die mitten in der Industrie stehen, geht dahin, daß sich seit der Einstellung des passiven Widerstandes nur wenig geändert hat. Vor allem fehlen Kohle und Betriebsmittel, die Betriebsanstaltungen sind nicht mehr überall in brauchbarem Zustand, die Arbeiterschaft selbst ist zum Teil gestreut, die Transporteinrichtungen erheblich gestört. Erst wenn die Industrie Kohle, Eisen und Stahl wieder in ausreichender Menge erhält, könnte sie in vollem Umfang

wieder wirksam werden. Nach dem langen Beschließen der Industrie fehlte es auch an Geldmitteln. Zu den Unstimmigkeiten, die zwischen den für die Reorganisation der Wirtschaft maßgebenden deutschen Faktoren bestehen, gehört auch die Frage der Arbeitszeit speziell für den Bergbau. Für die Notwendigkeit ein Mehrere scheint an sich unter der Vergewaltigung des Ruhrgebietes durchaus verständlich vorhanden zu sein. Die gesetzliche Festlegung der verlängerten Arbeitszeit wird aber im Ruhrgebiet von den Bergleuten aller politischen und gewerkschaftlichen Richtungen mit einer Leidenschaftlichkeit abgelehnt, die die Regierung zur Vorsicht mahnen muß. Verweigert übrigens Frankreich weiterhin die Mitwirkung, so wird die Einstellung des passiven Widerstandes nicht nur keinerlei wesentliche Besserung bringen können, sondern es wird dann im Gegenteil eine weitere rapid zunehmende Verschlechterung der Verhältnisse unabweislich sein.

### Die Großindustriellen des Ruhrgebietes

Nach Mitteilungen französischer Blätter haben die Großindustriellen des Ruhrgebietes bei ihren Verhandlungen mit General Deganne auch die Aufhebung des 8-Stundentages gefordert, sowie die Erlaubnis, Waren aus der Ruhr auszuführen, wenigstens so viel, um genügend Devisen zur Bezahlung der Arbeiter herein zu bekommen. Es sei wahrscheinlich, daß die Besatzungsmächte die letzte Forderung annehmen werden. Die Besatzungsmächte fordern aber, daß die 8-prozentige Ausfuhrabgabe begahrt werde und die Sachleistungen sofort aufgenommen werden. Wenn die Bedingungen erfüllt würden, so würden Verhandlungen mit England und Frankreich aufgenommen werden, um einen energiegelichen Reparationsplan aufzusetzen. Die „Raff. Bg.“ berichtet von einer ganzen Reihe Forderungen, die die von Staines geführten Gruppen der Ruhrindustriellen an die Reichsregierung gerichtet haben. Sie verlangen u. a.: Erlass der seit der Ruhrbesetzung wegen ungenügender Erträge der Kohlenfelder, Besetzung der Kohlenfelder für das Ruhrgebiet, Garantie der Verfügung über alle künftige zu liefernden Reparationskosten, bevorzugte Belieferung des besetzten Gebietes mit Rohstoffen und Lebensmitteln, Aufhebung des Kohlenkommissariats und der staatlichen Verteilungsorgane für Kohlen im besetzten Gebiet. Ermächtigung der Kommission der Industriellen, die Verhandlungen mit der Besatzungsmacht weiter zu führen. Ferner wird an die Reichsregierung die Frage gerichtet, wie die Industriellen sich zur Regierung stellen sollen und wie sich die Reichsregierung zur Schaffung einer Eisenbahnbetriebsgesellschaft, an der das Rheinland, Frankreich und die Industrie beteiligt sind, stellt. Schließlich wird die Reichsregierung gefragt, ob sie bereit ist, die Industriellen bei der Durchführung ihrer Forderungen nach Verlängerung der Arbeitszeit auf 8½ Stunden unter Tag und 10 Stunden über Tag und nach Aufhebung sämtlicher Demobilisierungsverordnungen zu unterstützen. Die Industriellen haben um Antwort bis Dienstag mittag ersucht.

In der Offener Bergwerkseitung ist eine Mitteilung der Grubenbesitzer des rheinisch-westfälischen Bergbaus erschienen, monach vom 9. Oktober ab eine Verlängerung der Arbeitszeit eintreten soll und zwar für den unterirdischen Betrieb auf 8½, für die Arbeit über Tage auf 10 Stunden. Diese Mitteilung hat in Arbeitnehmertreuen größte Erregung hervorgerufen. Die in Frage kommenden Spitzenorganisationen des Bergbaus haben eine Entschließung angenommen, in der das Vorgehen der Unternehmer als ein unerhörtes, bisher noch nicht dagewesenes Vorgehen in der Geschichte der Regelung von Arbeitsbedingungen genannt wird. Die Organisationen fordern die Arbeiter und Angestellten des Bergbaus auf, sich an die gesetzlichen Bestimmungen, die Arbeitsordnung und den Tarifvertrag zu halten. Die Arbeitgebermitglieder müssen zu der gewohnten Zeit zur Arbeit oder im Falle der Verhinderung nach Vereinbarung der tariflichen Arbeitszeit die Betriebe verlassen. Die an dem Tarifvertrag für den Bergbau beteiligten Organisationen ersuchen alle Arbeitnehmer, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und sich strengstens an die Weisungen der Organisationen zu halten.

Wien, 8. Okt. Die Franzosen haben, wie die „Allgemeine Zeitung“ zuverlässig erfährt, am Samstag in Wobwinkel von einer D-Bugslokomotive eine große Summe von Reichsbanknoten beschlagnahmt. Nach Angabe der Franzosen soll es sich um etwa 300 Millionen handeln. Es ist Spionage im Spiel.

Wiederaufnahme der interalliierten Kontrolle  
Eine neue Note der Vorkontrollkommission über die Wiederaufnahme der Kontrolltätigkeit der interalliierten Kommissionen ist der Reichsregierung schon in voriger Woche auf diplomatischem Wege angekündigt worden. Sie ist bisher nicht eingekommen.

## Badisches Landestheater

### Die Joseflegende

Diese Pantomime entstand 1913/14 für die Triumpbzüge des russischen Ballets geschrieben und im Ausland (Paris) uraufgeführt, macht seit einigen Jahren die Runde über die deutschen Bühnen, zwar nicht als dauerverbürgende Erscheinung, was eine Pantomime nie werden kann, wohl aber als Sensationsstück. Wir wollen es deshalb diesmal mit der subjektiven Wahrheit eines Richard Strauß nicht so genau nehmen und an der Geschichte der Lotung der Potipharfrau, die der Legende erzählt wird und irgendwie eine sehr erotische Tanzangelegenheit zum Schauspiel letzter menschlicher Leidenschaft erheben will, nicht unsere Weltanschauung revidieren. Sagen wie lieber gleich: Es ist ein auf Perderität konstruiertes Effektsstück, doch kein durchblutetes Kunstwerk, das Weltanschauung etwa gegen reinste Weltenleuschtheit stellt. Wäre die Musik übrigens nicht unerkennbar von Strauß, so würde man kaum merken, daß hier eine andere Salome mit Jochanaan kämpft, ein ebenso verderbtes Weib um den Besitz eines russischen Dilligen.

Der Text der sinfonischen Tanzdichtung stammt von Graf Sarah Mehl und Hugo von Hofmannsthal, die beide einen weiblichen Stoff sehr geschickt zu einer Tanzszene von beträchtlichem Umfang und heftiger Eigenwilligkeit gemodelt haben. Wahnwitzhaft ist ihre „Joseflegende“ geworden, da raffinierte erotische und erotische Genüsse mit Varietéschmiff geizten werden und auch die bewährte Region jener Bühnengerechtigkeit betreten wird, die das hysterische Weib sich in seinen Reizen erwidern läßt, dem reinen Jüngling aber die himmlische Verklärung verspricht. Die Moralität der unfaulderen Liebesaffäre ist allerdings nicht für eine verdächtige Jugend berechnet, sondern auf recht massive Herzen eingestellt, denen solche delatenten Passionen eben an sich nichts Neues bedeuten.

Diese Joseflegende ist zu allererst als eine Sache der optischen Kunst anzusehen mit üppigem dekorativem und mimischen Schmuck. Zum Glück verzicht man über den mit verschwenderischer Ornamentierung auf harte Phantasierzeugung eingestellten Bildern fast ganz auf den musikalischen Unterbau zu achten. Denn der ist im gegenseitigen Zusammenhang sehr mäßig, und es tut bitterlich leid, Richard Strauß

ausgesprochen, sobald der offizielle Wortlaut noch nicht bekannt gegeben werden konnte. Den Berliner Stellen ist jedoch, wie es scheint, der Inhalt der Schriftstücke in seinen Grundzügen bekannt. Nebenfalls wird berichtet, daß entgegen anderslautenden Gerüchten von den Rührer Vorgehen darin nicht die Rede ist.

### Das Ermächtigungsgesetz

Der Reichstag hat am Montag dem Ermächtigungsgesetz bei Stimmenmehrheit zugestimmt. Dagegen stimmten außer einigen preussischen Provinzen Bayern und Mecklenburg-Strelitz. Der Gesetzentwurf ist also vom Reichstag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen worden.

Das Ermächtigungsgesetz, das in der heutigen Reichstags-Sitzung vorliegt, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellen, wirtschaftlichen und sozialem Gebiet für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Verfassung abgewichen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf die Regelung der Arbeitszeit und auf die Einschränkung der Unternehmungen der Versicherten, der Rentempfänger usw.

§ 2. Die zu erlassenden Verordnungen sind dem Reichstage und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstages sofort aufzuheben.

§ 3. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Bescheid der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammenstellung, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft.

### Eine Antwort des Reichskanzlers an Bayern

Der Reichskanzler hat auf das Telegramm des bayerischen Ministerpräsidenten wegen der Härten der letzten Steuererlässe folgende telegraphische Antwort gegeben: Wegen Milderung steuerlicher Härten verweise ich unter Bezug auf meine heutige Rede auf den Erlass des Reichsfinanzministeriums vom 29. September über die Berücksichtigung leistungsschwacher Steuerpflichtiger bei Durchführung der Steuererlässe. Hierdurch dürfte die öffentliche Ruhe und Ordnung bedroht sein. Die endgültige Entscheidung über die sachgemäße Verteilung der zur Erhaltung des Reichs und Länder unabweislichen Steuerlasten muß der neugebildeten Regierung vorbehalten bleiben.

### Verbot der kommunistischen Propaganda in Bayern

Die Münchner „Korrespondenz Hoffmann“ meldet, daß Generalstaatskommissar v. Kahr folgendes angeordnet hat: Der kommunistische Zeitungen oder Zeitschriften druckt, herstellt, verlegt, fahrlässig hält, eines abes verkauft, verteilt, ausstellt, anschlägt oder sonst verbreitet, wird, soweit nicht nach den geltenden Strafvorschriften eine schwerere Strafe verurteilt ist, mit Gefängnis bestraft. Neben dem kann auf Geldstrafe erkannt werden, deren Höhe unbeschränkt ist. Der Versuch ist strafbar. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, die zur Begehung der Tat bestimmt waren, durch die Tat hergestellt oder dabei benutzt wurden. Neben einer Gefängnisstrafe von mindestens drei Monaten kann auf die Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von ein bis fünf Jahren erkannt werden.

Einer weiteren Meldung zufolge beabsichtigt Kahr auch gegen die kommunistische Jugendbewegung vorzugehen.

Das „Heimatland“, das Organ des Deutschen Kampfbundes, ist auf das Verbot des „Wälischen Beobachters“ hin zu einem dreimaligen Erscheinen in der Woche übergegangen. Da von Straßenerkäufern das Blatt als Ersatzblatt des „Wälischen Beobachters“ angeboten wurde, wurde nun auch das Erscheinen des „Heimatlandes“ für die gleiche Zeit verboten.

### Der Konflikt Zeigner-Gehler

ist wiederum um eine neue Episode bereichert. Von einer Dresdener Korrespondenz war behauptet worden, Reichswehrminister Dr. Gehler hätte versucht, auf die geplante Debatte im sächsischen Landtag Einfluss zu nehmen. Gehler habe der sächsischen Regierung mitteilen lassen, er werde die angekündigten Mitteilungen Zeigners über ihn und die Reichswehr, sowie ihre angebliche Verbindung mit heimlichen Organisationen, die im Landtag gemacht werden sollen, nicht dulden. Von einer amtlichen Dresdener Nachrichtenstelle wird dazu mitgeteilt: Major Uth habe im Auftrage des Wehrkreiskommandos dem sächsischen Staatsministerium des Innern die Mitteilung gemacht, das Wehrkreiskommando habe davon Kenntnis erlangt, daß auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des sächsischen Landtags u. a. der Fall Zeigner-Gehler stehe. Das Wehr-

auf durchaus niedrigen illustrativen Pfaden wandeln zu sehen. Er gibt das konventionelle Signal seiner raffinierten Technik natürlich auch hier, doch so schwächlich, daß von einem großzügigen Eigenstil gar keine Rede sein kann. Er begnügt sich vielfach mit Reminiszenzen von der „Salome“ bis zur „Elektra“, das ergibt zuweilen eine ganz brauchbare Weineinsparung zwischen Darstellung und Musik, mehrfach aber ein Zerbröckeln mit recht falschen Perspektiven und unklarer, sich Kompromissen. Dem Ständebewußtsein des Musikers ist Strauß hier manches schuldig geblieben, eine „sinfonische Dichtung“ im wortwörtlichen Sinn ist es schon gar nicht. Man charakterisiert wohl am besten als wunderliches Intermezzo, was Strauß hier sich geleistet hat.

Entscheidend für den Erfolg ist die Aufmachung. Mit Recht hatte man sie einem so routinierten Kenner der Choreographie wie Max Semmler-Wern anvertraut. Sein Verdienst bleibt, daß die Darbietung erheblich über Pinowert stand, daß die extremen Spaltungen und Spannungen sich zu einer Einheit zusammenfanden. Auf die Bewegung der Massen hatte er ein ebenso wachsameres Auge wie auf die ausdrucksvolle Gestaltung der erotischen Tanzfiguren, selbst die wahrhaftig entbehrlichen Faustkämpfer verstand er dem Rahmen einzuordnen. Neben ihm ist die wildsinnde Potiphar von Ami Schwanninger zu nennen und der Joseph Tril Gadesow's. Dieses Tänzerpaar ist für die Verkörperung der beiden Kontrastfiguren ungenau bedenklich. Wie hier Partner und Partnerin als Mensch zu Mensch stehen, ist schon ein Ereignis für sich. Dazu treten schrankenlose Leidenschaftlichkeit und naive Stumpfheit in der Plastik ihrer Tänze. Die technische Meisterleistung beider ist groß, die des Tänzers vielleicht noch typischer und kräftiger. In den beiden ersten zusammengefügten Kostümen G. Jansz-Horwath's machten vor dem wirklichen Bühnenbild Emil Durkards auch hiesige Kräfte nach Qualität und Quantität gute Figur. Doch seien aus der großen Zahl der Mitspieler nur Dr. Hermann Wucherpfennig (Potiphar) und Olga Mertens-Leger (Salome) erwähnt. Das Landestheaterorchester unter Fritz Cortogezis spielte hier die Strauß'sche Gelegenheitsmusik ausgezeichnet, weniger gut gelang ihm zuvor der Vortrag der Konditioning „Tod und Verklärung“.

Der Beifall des stark besetzten Hauses war groß, galt aber wohl mehr den ausgezeichneten Darstellern als dem blassen Werk selbst. G. Sch.

kommando hatte es nicht für zweckmäßig, angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse, die Person des Militärbevollmächtigten in die Debatte zu ziehen. Er werde daher nach Berlin berichten und um Anweisung bitten. Das Wehrkreiskommando habe in Aussicht gestellt, sein Schreiben nach Berlin zuvor bei sächsischen Regierung mitzuteilen.

## Kurze Nachrichten

Rücktritt des Staatssekretärs v. Rheinbaben. Der Staatssekretär der Reichsjustiz, der völksparteiliche Abgeordnete Frhr. v. Rheinbaben, hat sein Demissionsgesuch eingereicht. Der Rücktritt des Herrn v. Rheinbaben hängt mit den Differenzen zusammen, die innerhalb der deutschen Volkspartei in der letzten Krise eine Rolle spielten.

Verhältniszahl für die zweite Oktoberwoche beim Lohnabzug. Der Reichsfinanzminister hat die Verhältniszahl, mit der die in der 2. Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermächtigungssätze beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, für die Zeit vom 7.—13. Oktober einschließlich bei jeder bis zum 13. Oktober erfolgenden Zahlung von dem bis zum 13. Oktober fällig gewordenen Arbeitslohn auf „acht“ festgesetzt. (1. Oktoberwoche = sechs).

Durch Willerand begnadigt. Wie Savas berichtet, hat der Präsident der französischen Republik, Willerand, die Todesstrafe, die am 29. Juni wegen angeblicher Sabotage gegen sieben Deutsche vom Kriegsgericht in Mainz verhängt worden war, in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt.

Das wieder freie Konstantinopel. Savas berichtet: Die türkischen Truppen hielten am Sonntag ihren Einzug in Konstantinopel. Sie wurden von der Bevölkerung mit großem Enthusiasmus begrüßt.

Der neue chinesische Präsident. Das chinesische Parlament hat Tsao lun zum Präsidenten von China erwählt.

Konflikt zwischen Venezuela und Mexiko. Nach dem „Clar“ soll Mexiko die diplomatischen Beziehungen mit Venezuela abgebrochen haben, und zwar wegen der andauernden schlechten Behandlung mexikanischer Untertanen durch die Regierung in Venezuela.

## Badische Uebersicht

### General Reinhardt über den Ausnahmezustand

Gelegentlich einer Pressebesprechung im württembergischen Staatsministerium gab der Kommandeur des 5. Wehrkreises, General Reinhardt, Erklärungen ab. Danach ist der Ausnahmezustand im 5. Wehrkreis (Südwestdeutschland und Thüringen) ohne erste Reibungen durchgeführt worden. An dem mit dem Ausnahmezustand zusammenhängenden Beschränkungen ist von rechter wie von linker Seite Kritik geübt worden, aber nur einzelne kommunistische Blätter haben offen zum Kampf mit den Mitteln des öffentlichen Generalstreiks aufgerufen, was zu Zeitungsberichten geführt hat. Es liegt nicht die Absicht vor, die öffentliche Meinungsäußerung zu unterbinden und damit der politischen Gleichgültigkeit Vorschub zu leisten, aber es ist nötig, daß in diesen Tagen Mäßigung in den Parteitritten kommt und häßliche Exzesse niedergehalten werden. Ebenjowenig dürfen die Truppen zum Gegenstand geschäftiger Angriffe gemacht werden. Dagegen wäre es segensreich, wenn die Zeit des Ausnahmezustandes ausgenützt würde, um die Blide mehr auf die großen Lebensfragen unseres Volkes zu richten. Es ist klar, daß die Verordnung des Reichspräsidenten eines gewissen Empielen bedarf. Die Vielgestaltigkeit des 5. Wehrkreises läßt den Gedanken gar nicht aufkommen, fortlaufend in die einzelnen Länder auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hineinzufragen zu wollen. Andererseits kann es der Reichsregierung nur dienen, wenn auf eine gewisse Einseitigkeit bei der Handhabung des öffentlichen Sicherheitsdienstes hingewirkt wird. Das erfordert gelegentlich in einem Lande Maßnahmen, die weniger durch die eigenen als durch die Nachbarverhältnisse bedingt sind. Zu solchen wenigen einheitlichen Maßnahmen wird der Militärbefehlshaber seine Mittel zusammenhalten und ihre Durchführung im Reichsinteresse zu gewährleisten wissen.

### „Das lokale Baden“

Unter dieser Epithete brachte die „Süddeutsche Zeitung“ kürzlich in ihrer Rubrik „Aus Baden“, eine längere Notiz, die sich mit der bekannten Grundung der badischen Regierung, welche Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs Appenweier-Offenburg-Reg in Frage kommen“ beschäftigte. Das Blatt spricht von einer ständigen Rücksichtnahme auf die Franzosen, mit der die badische Regierung aber „bei diesem Feinde“ vielleicht nur das Gegenteil erreiche. Der badische Staatspräsident hat deshalb, wie schon kurz gemeldet, dem Blatte eine Berichtigung zugesandt, deren vollständiger Wortlaut folgender ist:

An die Redaktion der Süddeutschen Zeitung!

Berichtigung.  
Zu dem Artikel in Nr. 418 vom 2. Oktober 1923 „Das lokale Baden“ erlaube ich gemäß § 11 des Pressegesetzes folgendes zu veröffentlichen:

1. Die Besetzung Offenburgs durch französische Truppen und die Bereicherung des Verkehrs zwischen Nord- und Südbaden ist nicht als französische Antwort auf die Vorstellung der badischen Regierung wegen der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs Appenweier-Offenburg bei der zuständigen französischen Stelle anzusehen.

2. Die Besetzung Offenburgs durch französische Truppen erfolgte bereits mit dem Beginn des passiven Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung und zwar als Antwort auf die Einstellung der über Straßburg-Appenweier verkehrenden Expresszüge durch das Reichsverkehrsministerium.

3. Auch die Besetzung des Mannheimer Schlosses und die Besetzung der Rheinböden von Mannheim und Karlsruhe steht in keinem Zusammenhang mit dem nach Abbruch des passiven Widerstandes von der badischen Regierung unternommenen Schritte.

4. Die Stillnahme der badischen Regierung mit der zuständigen französischen Stelle wegen Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs erfolgte im Rahmen und im Einverständnis mit der zuständigen Reichsstelle.

Die aus diesem Schritte in den obengenannten Artikel gezogenen Schlussfolgerungen sind somit falsch und illoyal. Karlsruhe, den 3. Oktober 1923.

Der Staatspräsident.

### Aus dem besetzten badischen Gebiet

DZ. Offenburg, 7. Oktober. Nach einer Anordnung der französischen Behörde verlieren die vom Bezirksamt Offenburg nach dem 14. Februar d. J. ausgesetzten Fische am 10. Oktober ihre Gültigkeit für das besetzte Gebiet. Der Stadt ist aber die Genehmigung erteilt worden, künftig für die besetzten Gemeinden des Amtsbezirks Offenburg im ganzen Reiche gültige Reifepässe auszustellen, wozu die badische Regierung gleichfalls ihre Zustimmung erteilt hat. Die vom Bezirksamt Of-

Auf Grund der Technischen Aufschlußkommission für die Unter- und Prüfstelle des Deutschen Agethlervereins...

Der Ortslohn (zeitliche Tageslohn) getätigter Tagelöhner wird unter Aufhebung unserer Festsetzung vom 1. Oktober 1923 festgesetzt wie folgt:

Table with columns: Für den Bezirk des Versicherungsamts, für männl. Personen, für weibl. Personen. Rows list districts like Bonndorf, Donaueschingen, Engen, Konstanz, etc.

Konstanz, den 5. Oktober 1923. Badisches Oberverwaltungsamt.

Auf Grund der §§ 936, 936a R.F.D. wird an Stelle der bisherigen Festsetzung der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst...

Table with columns: Für den Bezirk des Versicherungsamts, männliche Personen, weibliche Personen. Rows list districts like Bonndorf, Donaueschingen, Engen, etc.

Konstanz, den 6. Oktober 1923. Badisches Oberverwaltungsamt.

Lebzeit nach dem 14. Februar ausgestellt und noch nicht in Kaufenerlöse dürfen nur dann weiter verwendet werden...

DZ. Wachenheim, 8. Okt. Der Vater Albert Willgruber von hier war beim Landauer Militärgericht angeklagt...

Die ausgebauten und geplanten badischen Wasserkräfte

Im Rahmen der Karlsruher Technischen Woche hielt Geheimrat Professor Dr. Reibrod am Sonntag einen Vortrag über dieses Thema...

rische Seite des Themas ein und zeigte die Aufgabe der Spitzenwerke bei dem schwankenden Bedarf an Energie...

Des ferneren schilderte er am Hand instruktiver Lichtbilder die fertigen, die im Bau befindlichen und die geplanten Werke...

Vom Norden Badens nach Süden schilderte dann der Redner den Ausbau der übrigen badischen Wasserkräfte...

Die Erläuterung einer Reihe lehrreicher graphischer Lichtbilderdarstellungen über die Leistungen der verschiedenen Wasserkräfte...

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Stahlfabrikzahl des bad. Einzelhandels vom 9. Oktober beträgt 25 200 000 (Vortag 18 000 000).

h. Bruchsal, 6. Oktober. Die sehr reichlich besetzte landwirtschaftliche Kraichgau-Ausstellung wurde heute mit Ansprachen des Vorstehenden der Ausstellungsleitung...

DZ. Mühlheim, 7. Oktober. Die Stadt erhält nunmehr auf Grund eines Vertrages mit dem Reich den größten Teil des Mannschafthauses Nr. 2 der Artillerielehranstalt...

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns: Ort, 9. Oktober, Amtl. Berliner Kurs v. 8. Okt. 1923. Rows list Amsterdam, Kopenhagen, London, New York, Paris, Schweiz, Prag.

Die keine Differenz bedeutet die Zuteilung in Prozent. Amtliche Dollarnotierung der Frankfurter Börse vom 8. Okt.: Geld 897 750 000, Brief 902 250 000.

Badisches Landestheater

Dienstag, 9. Okt. 7 1/2-9 1/2 Uhr. Sp. 15.00 M. Gastspiel von Ami Schwaninger u. Irl Gadesow von der Metropolitan-Oper in New-York.

Die Josefslegende Vorher „Tod und Verklärung“.

Badisches Landestheater

Mittwoch, 10. Okt. 7-9 Uhr. Sp. 13.50 M. Abonn. A 5. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2401-2800.

Die Reise gegen Gott.

Laut Beschluß des tierärztlichen Kreisvereins tritt für Private sofort die Bezahlung in Goldmarkwährung für tierärztliche Bemühungen in Kraft.

Für Viehversicherung wird die volle Reichsteuerungsindexziffer innerhalb 3 Tagen zum Kurse am Vortage der Zahlung berechnet.

Der Vorstand des Tierärztlichen Kreisvereins Karlsruhe.

Einladung

zur 9. ordentlichen Generalversammlung der Einkaufsgenossenschaft der Beamten u. Staatsarbeiter in Baden e. G. m. b. H. Sitz Karlsruhe am 21. Oktober 1923, 2 Uhr nachmittags in Donaueschingen im Schützenaal.

1. Änderung der Gesamtsatzung entsprechend den neuen Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes. 2. Änderung der §§ 20, 24, 25, 27, 29, 30 und 32 der Satzung. 3. Ersatzwahl für die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder.

Beim Eintritt in das Versammlungszimmer ist die alte Mitgliedkarte vorzuzeigen. Karlsruhe, den 2. Oktober 1923. Für den Aufsichtsrat: Gengel. Der Vorstand: Schäfer, Kaffner.

Die Ziehung der 4. Klasse der 22. Preussisch-Österreichischen Klassenlotterie

Die planmäßige Erneuerung der Lose 4. Klasse hat bis spätestens Montag, den 15. Oktober d. J., abends 6 Uhr, bei den zuständigen badischen Lotterieverwaltern zu erfolgen...

Karlsruhe, den 8. Oktober 1923. Landeshaupthasse.

Die Feldbereinigung im Gewann Lange Wiesen und die Feldweganlage im Gewann Gräsgraben

Das Kulturbauamt Karlsruhe hat den Antrag gestellt, auf dem Gewann Lange Wiesen eine Feldbereinigung und im Gewann Gräsgraben eine Feldweganlage nach Maßgabe des Feldbereinigungsgesetzes und der dazu erlassenen Vollzugsvorschriften durchzuführen...

Karlsruhe, den 2. Oktober 1923. O. J. 113. Bezirksamt Abt. II.

Bekanntmachung

Der Goldumrechnungssatz für Landabgabe beträgt für die Zeit vom 10.-12. Oktober 1923 einschließlich Hundertsteckemunddreißigmillionen.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1923. Finanzamt-Stadt und Land.

Die Gebühren der Kammerfeger werden mit Wirkung vom 7. ds. Mts. ab auf das 280000fache der Grundgebühren erhöht.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1923. O. J. 114. Badisches Bezirksamt Abt. III.

11.61. Rest. Der Bankbeamte Wilhelm Körkel in Rest hat das Aufgebot der abhanden gekommenen 5 Aktien der Fa. Badische Obst- und Weinbrennerei - Aktien-Gesellschaft - in Roet (Baden) zum Nennwert von je 1000 M. R. 1487/91 und Gewinnanteilscheine v. J. 1922 bis 1930 beantragt.

Die Lieferung von 600 qm Vorahstücken aus Granit (Relions) in Schichtstärke von 20, 25 und 30 cm zu je einem Drittel, frei Eisenbahnwagen nächster Reichsbahnstation wird aufgrund der Verordnung des Bad. Min. d. Finanzen v. 3. 7. 07. öffentlich vergeben.

Bedingungsheft liegt bei der unterzeichneten Stelle auf, woselbst auch Angebotsformulare, soweit der Vorrat reicht, gegen Entrichtung der Erstellungslohn abzugeben werden.

Karlsruhe, 8. Okt. 1923. Reichsbahndirektion Materialamt.

Die verkürzte Veröffentlichungsschrift ist auf Grund der vorübergehenden Änderung des § 6 der Eisenbahnteilhaberordnung genehmigt.

Karlsruhe, 6. Okt. 1923. Reichsbahndirektion.

Tarifserhöhung

Zum 7. Oktober 1923 werden im Gemeinschaftsverkehr Altbahnen-Stadt-Strassenbahn Karlsruhe die Personenfahrttarife erhöht.

Karlsruhe, 6. Okt. 1923. Bad. Lokaleisenbahnen, u. G.